

Antrag

der SPD-Fraktion,
der Fraktion DIE LINKE und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zukunft von Brandenburgs BStU-Außenstelle sichern - Aufarbeitung von DDR Unrecht bleibt wichtige Aufgabe für Brandenburg

Der Landtag stellt fest:

Laut bisherigem Konzept von Roland Jahn, dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes (BStU) ist vorgesehen, dass es im Land Brandenburg zukünftig - als einzigem der sechs ostdeutschen Bundesländer - keine BStU-Außenstelle mehr geben soll, da sich Berlin als zentraler Archivstandort anbiete. Diese Einschätzung wird vom Landtag Brandenburg entschieden zurückgewiesen.

Die Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) sind nicht einfach Akten, mit denen nach allgemeiner Archivordnung verfahren werden kann. Sicherung und Erhalt der Akten sind vielmehr das Ergebnis mutigen Handelns von Bürgerinnen und Bürgern, die die friedliche Revolution in der ehemaligen DDR vollbracht haben. Auch Brandenburgerinnen und Brandenburger haben vor und nach der Wiedervereinigung erfolgreich dafür gestritten, dass ihre Akten des ehemaligen MfS nicht vernichtet, sondern erhalten bleiben und zugänglich gemacht werden.

Nach Auffassung des Landtags darf die Möglichkeit zur Auseinandersetzung mit den Stasi-Akten bzw. mit DDR-Unrecht insgesamt in Brandenburg nicht reduziert, sondern muss weiterentwickelt werden.

Der Landtag bittet daher die Landesregierung, sich bei weiteren Gesprächen mit den Beteiligten im Bund und im Land dafür einzusetzen, dass

- die Stasi-Akten auch zukünftig in Brandenburg zugänglich sind und die Arbeit der BStU bzw. von deren Außenstellen noch stärker in die Bildungs- und Gedenkstättenarbeit des Landes integriert wird;
- die konzeptionelle Neuordnung der BStU dafür genutzt wird, die Akten der ehemaligen MfS-Bezirksverwaltungen von Frankfurt (Oder), Cottbus und Potsdam an einem BStU-Archivstandort im Land Brandenburg zusammenzuführen;

- bei der Festlegung, an welchem Ort in Brandenburg ein zukunftsfähiger Archivstandort errichtet werden soll, auf die verkehrliche Erreichbarkeit, auf einen möglichst authentischen Ort und die Verbindung mit der in der Zukunft immer wichtiger werdenden Bildungsarbeit geachtet wird;
- neben dem zukünftigen Brandenburger Archivstandort in Frankfurt (Oder) bzw. Cottbus eine neue BStU-Außenstelle eingerichtet wird;
- eine einvernehmliche Lösung mit dem Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen über eine Konzeption zu finden, die diesen Anforderungen gerecht wird.